

## Nahaufnahme: Europa und GUS-Raum

*Europa steht insgesamt gut da, was den Schutz der Pressefreiheit angeht: Zu den 30 bestplatzierten Ländern auf der ROG-Rangliste gehören 21 europäische Staaten, darunter die drei Spitzenreiter Finnland, die Niederlande und Norwegen. Deutlich schwieriger sieht es auf dem Balkan aus sowie in Ungarn, Griechenland und Bulgarien. Weit abgeschlagen ist zudem die Türkei, wo unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Terroristen Journalisten massiv ihrer Rechte beraubt werden. Auch im GUS-Raum ist die Lage besorgniserregend. Neben Russland sind dort besonders Belarus und Aserbaidschan zu nennen – sowie Zentralasien, wo Turkmenistan seit Jahren einen festen Platz unter den Schlusslichtern der ROG-Rangliste einnimmt.*

Spitzenreiter der ROG-Rangliste sind **FINNLAND**, die **NIEDERLANDE** und **NORWEGEN**. Dazu tragen liberale Regelungen über den Zugang zu Behördeninformationen sowie den Schutz journalistischer Quellen bei. In Finnland haben die Bürger seit 2010 sogar ein einklagbares Recht auf eine bezahlbare Breitbandverbindung ins Internet.

**DEUTSCHLAND** nimmt im europäischen Vergleich mit Platz 17 eine Mittelposition ein. Ins Auge sticht hier vor allem die abnehmende Vielfalt der Presse: Aus Geldmangel arbeiten immer weniger Zeitungen mit eigener Vollredaktion, mehrere Redaktionen wurden 2012 komplett geschlossen. In vielen Regionen gibt es keine konkurrierenden Printmedien mehr. Gleichzeitig investieren Unternehmen und PR-Agenturen steigende Summen, um ihre Inhalte in den Medien unterzubringen.

Zudem gelangen Journalisten oft nur schwer an Informationen von Behörden. Fünf Bundesländer haben nach wie vor keine eigenen Informationsfreiheitsgesetze verabschiedet, IFG-Anfragen werden häufig nur langsam und gegen hohe Gebühren beantwortet. Hinzu kommen Diskussionen um ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung auf Bundesebene, das den Schutz journalistischer Quellen bedroht und potenzielle Informanten abschreckt. Positiv hervorzuheben ist ein Bundesgesetz vom August 2012, das Journalisten bei investigativen Recherchen stärker vor Durchsuchungen schützt. Mit Sorge beobachtete *Reporter ohne Grenzen*, dass Neonazis oder islamistische Gruppen mehrfach kritische Berichtersteller bedrohten.

Verschlechtert hat sich die Situation in **UNGARN** (Platz 56). Das Land wurde bereits 2011 heftig für zwei neue Mediengesetze kritisiert, die die Schaffung einer regierungstreuen Medienaufsichtsbehörde (NMHH) und die – kaum definierte – Pflicht zur „ausgewogenen Berichterstattung“ vorsahen. Dutzende kritische Journalisten verloren ihre Posten, vor allem beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Selbstzensur und vorauseilender Gehorsam sind seither in vielen Redaktionen verbreitet. Die NMHH greift selten direkt in die Redaktionsarbeit ein oder geht juristisch – etwa durch Bußgeldverfahren – gegen kritische Medien vor. Vielmehr kontrolliert die nationalkonservative Regierung unter Viktor Orbán die Berichterstattung über die staatliche Nachrichtenagentur MTI und den weitgehend linientreuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Während regierungsfreundliche Zeitungen Staats- und Parteigelder erhalten, werden Unternehmen, die in kritischen Medien inserieren, unter Druck gesetzt. Das in Budapest populäre linksliberale Klubradio kämpft seit mehr als einem Jahr um den Erhalt seiner Sendelizenz.

In **ITALIEN** (Platz 57) versucht die Regierung seit Jahren, die Presse mithilfe strengerer Gesetze zu kontrollieren. 2012 stand ein Gesetzentwurf zur Debatte, der für Journalisten – anders als für andere Personen – Haftstrafen wegen Verleumdung vorsah. Hunderte Journalisten protestierten gegen die Vorlage, das Parlament lehnte sie im November in zweiter Lesung ab. Gefährlich leben in Italien vor allem Journalisten, die über Kriminalität und die Mafia berichten, etliche können nur unter Polizeischutz arbeiten.

Die Wirtschaftskrise traf in **GRIECHENLAND** (Platz 84) auch Journalisten schwer. Sie arbeiten nicht nur unter prekären Bedingungen, sondern sind bei Recherchen oft Gewalt durch die Polizei oder extremistische Gruppen ausgesetzt. Inzwischen steht das Land fast gleichauf mit dem EU-Schlusslicht **BULGARIEN** (Platz 87), wo die Regierung angekündigte Reformen nicht umsetzte und kritische Journalisten inzwischen auch im Internet mit Verfolgung rechnen müssen.

Widersprüchlich stellt sich die Situation auf dem Balkan dar. Während Gesetzreformen in **SERBIEN** (Platz 63) und **KROATIEN** (Platz 64) die Lage von Journalisten verbesserten, bleiben **ALBANIEN** (Platz 102), **MONTENEGRO** (Platz 113) und **MAZEDONIEN** (Platz 116) die Schlusslichter in der Region. Viele Medien gehören privaten oder kriminellen Gruppen, halblegale Unternehmen kontrollieren die Berichterstattung über knappe Werbemärkte, Gewalt gegen Journalisten wird kaum verfolgt.

In der **TÜRKEI** (Platz 154) – einem Land mit verhältnismäßig pluralistischer Medienlandschaft – saßen seit dem Ende des Militärregimes 1983 nie so viele Journalisten im Gefängnis wie heute. Dazu trug vor allem die Verschärfung des Kurdenkonflikts im vergangenen Jahr bei. Vielen Festgenommenen werden Straftaten nach dem umstrittenen Antiterrorgesetz zur Last gelegt. Oft erhalten weder Angehörige noch Anwälte Informationen über die Anklage und Zugang zu den Akten. Weil sie Gefangene übermäßig lange in Untersuchungshaft hält, wurde die Türkei mehrmals vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt. Eine Reform des Antiterrorgesetzes im Juli 2012 brachte jedoch nur geringfügige Verbesserungen.

In **RUSSLAND** (Platz 148) behinderte die Staatsspitze die Berichterstattung über Großdemonstrationen gegen die umstrittene Wiederwahl Wladimir Putins. In überraschender Eile wurde im Sommer die Gesetzgebung zur Verleumdung verschärft, die die Duma erst im November 2011 liberalisiert hatte. Seit September 2012 existiert eine „Schwarze Liste“ blockierter Internetseiten, die Kinder vor Pornografie oder anderen schädlichen Inhalten schützen und „Hochverrat“ verhindern soll. Die Überwachung des Internets ist in hohem Maße intransparent, da eine kleine Expertengruppe darüber entscheidet, welche Seiten blockiert werden.

Politische Einflussnahme und Gewalt gegen Journalisten sind in der **UKRAINE** (Platz 126) die größten Probleme. Mehrere Journalisten gaben 2012 aus Protest dagegen ihre Posten auf – darunter die preisgekrönte Investigativreporterin Natalia Sokolenko, die sich weigerte „bestellte Nachrichten zu senden“ und deshalb den Sender STB-TV verließ. Im Herbst protestierten ukrainische Journalisten zum Teil sogar im Ausland gegen eine drohende Verschärfung des Verleumdungsgesetzes, welches das Parlament schließlich ablehnte. Vor den Parlamentswahlen Ende Oktober wurden Reporter in mehreren Fällen mit Gewalt daran gehindert, über Wahlkampfveranstaltungen der Opposition zu berichten.

Kaum verbessert hat sich die Situation in **ASERBAIDSCHAN** (Platz 156) und **BELARUS** (Platz 157), wo mit Ilham Alijew und Alexander Lukaschenko zwei ausgesprochen pressefeindliche Präsidenten regieren. In Aserbaidschan, das nach dem Eurovision Song Contest im Mai kaum noch im Fokus internationaler Aufmerksamkeit steht, verhaftete das Regime mehrere regime-

kritische Journalisten und Blogger. Sie sitzen zum Teil ohne Anklage im Gefängnis. In **GEORGIEN** (Platz 100) arbeiten Journalisten unter deutlich besseren Bedingungen, allerdings gibt es kaum unabhängige Medien. Die wichtigsten Fernseh- und Radiosender finanziert der Staat, regierungskritische Sender stehen meist oppositionellen Politikern oder Geschäftsleuten nahe. Beide Seiten betreiben vor allem politische Kampagnenarbeit, ausgewogener Journalismus ist selten.

Anlass zur Sorge gibt die Lage in **KASACHSTAN** (Platz 160), wo das Regime im Dezember 2011 nach Ölarbeiterstreiks eine ganze Region für Journalisten sperrte und kritische Berichtersteller seither mit aller Härte verfolgt. Mindestens zwei Journalisten wurden bei Mordanschlägen schwer verletzt, Ende 2012 mussten die wichtigsten oppositionellen Medien schließen. **TADSCHIKISTAN** (Platz 123) überwacht das Internet inzwischen fast so stark wie **USBEKISTAN** (Platz 164). **TURKMENISTAN** (Platz 177), wo die Mehrzahl der Medien Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow gehört, hält seit Jahren seinen Platz als einer der drei größten Unterdrücker von Pressefreiheit weltweit.

---

#### Pressekontakt:

Ulrike Gruska / Christoph Dreyer

Tel.: 030 60 98 95 33 55

E-Mail: [presse@reporter-ohne-grenzen.de](mailto:presse@reporter-ohne-grenzen.de)